

## Der Fluch des Öls

27.08.2010

*Die jüngsten Rohstofffunde sind für Afghanistan eine schlechte Nachricht. Denn in schwachen Staaten fördern Einnahmen daraus Korruption und Ineffizienz. Der Westen muss gegensteuern*

**Von Andreas Goldthau**

Die krisengeschüttelte afghanische Regierung hat gegenwärtig Grund zu feiern. Nach mehreren Vorkommen im Süden des Landes wurde jüngst auch ein bedeutendes neues Ölfeld in den nördlichen Provinzen entdeckt. Das allein könnte mit einem geschätzten Volumen von 1,8 Milliarden Barrel rein rechnerisch etwa drei Wochen lang die gesamte Welt mit Öl versorgen. Schon kommendes Jahr sollen die Bohrrechte vergeben werden. Damit würden Energieressourcen Drogen als Afghanistans wichtigstes Exportprodukt ablösen und das Land ein Stück weit in den Weltmarkt integrieren. Der afghanische Präsident Hamid Karzai verspricht sich folglich milliardenschwere Einnahmen aus dem Verkauf des schwarzen Goldes und einen ökonomischen Aufschwung für sein Land. Er sollte jedoch vorsichtig sein. Denn so paradox es klingt, Öl ist nur ein Segen, wenn Wirtschaft und Gesellschaft vor den direkten Einnahmen aus seinem Verkauf geschützt werden. Öl ist kein Garant für Reichtum. Im Gegenteil: Nigeria profitierte seit den 70er-Jahren von Öleinnahmen in Höhe von geschätzten 400 Mrd. Dollar, ist jedoch noch immer eines der ärmsten Länder der Erde. Gerade Nigeria offenbart das Grundproblem, das hinter Ressourcenreichtum steckt: Die Einnahmen aus deren Export korrumpieren die politischen Eliten. Da diese nicht mehr auf Steuereinnahmen angewiesen sind, haben sie keinen Anreiz mehr, sich um die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Bevölkerung zu kümmern. Die Folge: schlechte Regierungsführung, Diktaturen, Bürgerkriege.

Öl hat zudem eine weitere schlechte Angewohnheit: Es führt zum Verschwinden heimischer Wirtschaftssektoren. Da der Ölpreis in Dollar notiert und beglichen wird, fließen mit dem Ölexport hohe Einnahmen in Fremdwährung ins Land. Dies führt zur Aufwertung der heimischen Währung, wodurch die nicht ressourcenbasierten Wirtschaftssektoren wettbewerbsunfähig werden. Ökonomen bezeichnen dieses Phänomen als Holländische Krankheit. Die meisten Opec-Staaten liefern eindrucksvolle Beispiele für beide Seiten dieses „Ressourcenfluchs“. Ihre Volkswirtschaften basieren auf einem einzigen Sektor – Öl –, während Autokratie die vorherrschende Staatsform darstellt.

Schickt ein Land sich also an, Rohstoffe im großen Stil zu exportieren, so sollte es sicherstellen, dass weder seine Eliten direkten Zugriff auf die Einnahmen haben, noch dass heimische Sektoren in die Währungsfalle tappen. Mag man das letztere Problem im Falle Afghanistans noch als zweitrangig abtun – das Land besitzt außer dem Mohnanbau keine nennenswerte wirtschaftliche Basis –, so ist ersteres eine Herkulesaufgabe. Bislang haben nur Demokratien sie gemeistert. Im ressourcenreichen Norwegen beispielsweise fließen Öl- und Gaseinnahmen in einen sogenannten Rentenfonds, der wiederum gesetzlich dem direkten Zugriff der Politik entzogen ist. Wege, den Ressourcenfluch zu vermeiden, gibt es also. Doch Afghanistan besitzt keine der in Lehrbüchern verzeichneten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Umgang mit Ressourcenreichtum. Das Land steckt im Bürgerkrieg, die Zentralregierung von Präsident Karzai ist schwach und seine Administration bereits jetzt hochgradig korrupt. Zudem ist das Land von einer Stammeskultur geprägt, also weit entfernt von einer soliden Basis kollektiver – demokratischer – Entscheidungsfindung über Ressourceneinnahmen und deren nachhaltiger Verwaltung. Statt den von Präsident Karzai erhofften Wirtschaftsaufschwung zu befeuern, steht zu befürchten, dass die Öleinnahmen schlicht Drogenexporte als die primäre Finanzierungsquelle des jahrzehntelangen Bürgerkriegs ablösen werden.

Welche Strategie kann helfen? Die beste von allen – das Erdöl im Boden zu belassen, bis belastbare demokratische und institutionelle Strukturen existieren – ist offensichtlich utopisch. Das Öl weckt bereits jetzt Begehrlichkeiten bei den Herrschern derjenigen Provinzen, in denen es potenziell gefördert werden wird – im Süden unter anderem auch bei den Taliban. Und Staatsunternehmen des ressourcenhungrigen China haben beispielsweise im Kupferbergbau bereits bewiesen, dass sie gewillt sind, auch unter den gegebenen schwierigen Bedingungen in Afghanistan zu fördern. Statt auf eine Änderung der Verhältnisse im Land zu warten, müssen politische Strategien also bei den Investoren ansetzen. Eine Möglichkeit bestünde darin, diese auf einen „Code of Conduct“ zu verpflichten. Dessen zentraler Bestandteil wäre eine Verpflichtung, alle finanziellen Transaktionen gegenüber Akteuren im Gastland offenzulegen, um Korruptionsanreize zu minimieren.

Ein solcher Code of Conduct bliebe zugegebenermaßen immer ein wackeliges Konstrukt, da dessen Einhaltung nur über die Herkunftsländer der Einnahmen sichergestellt werden kann und daher von deren gutem Willen abhängt. Zudem wird sich wohl kaum jedes Land auf eine solche Vereinbarung verpflichten lassen. Da die Sanktionsmöglichkeiten im Förderland jedoch beschränkt sind, bleiben Information und Transparenz die einzigen Instrumente, Afghanistan vor den negativen Auswirkungen seines Ressourcenreichtums zu schützen. Die westliche, namentlich die deutsche Politik sollte hier vorangehen.

Andreas Goldthau ist Associate Professor an der Central European University in Budapest und Fellow beim Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin.